

Inflationsrate nach August auch im September 2020 negativ

Verbraucherpreis im Euro-Raum sinken nach August auch im September

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, sind die Verbraucherpreise in der Euro-Zone im September 2020 den zweiten Monat in Folge gefallen.

Sie sanken um 0,3 % im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum, wie die Europäische Statistikbehörde Eurostat heute mitteilte. Dabei bestätigte sich auch eine erste Schätzung.

Die aktuelle „Deflationsrate“ hat damit den niedrigsten Stand seit mehr als 4 Jahren erreicht. Vor allem die Energiepreise verursachten den aktuellen Rückgang. Im August 2020 hatte die Inflation (Deflation) bei minus 0,2 % gelegen.

Die Europäische Zentralbank dürfte den erneuten Rückgang der Verbraucherpreise mit Argusaugen beobachten. Sie erwartet dieses Jahr nur eine Inflation von plus 0,3 %. Die EZB strebt allerdings einen Idealwert von knapp unter 2 % an, verfehlt dieses Ziel aber bereits seit Jahren.

Die Preise für Energie sanken im September binnen Jahresfrist um 8,2 %. Für Industriegüter ohne Energie gingen sie um 0,3 % zurück. Hingegen verteuerten sich unverarbeitete Lebensmittel um 3,1 %. Die Preise für Dienstleistungen legten um 0,5 % zu.

Fazit

Vor dem Hintergrund der neuesten „Deflationszahlen“ erscheint die Erklärung von EZB-Präsidentin Lagarde in dieser Woche, die wirtschaftliche Erholung der Eurozone bleibe durch die Corona-Pandemie nach wie vor unsicher, noch in einem anderen Licht.

Sie erklärte bei Beratungen des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC) im Rahmen der IWF-Herbsttagung: „Und eine weitere nachhaltige Erholung bleibt hochgradig abhängig davon, wie sich die Pandemie auf den Verbrauch, das Sparen und die Investitionsentscheidungen auswirkt.“

Bislang ist noch offen, in welchem Ausmaß die klassische Anreizsysteme keynesianischer Wirtschafts- und Geldpolitik überhaupt noch wirken. Dabei könnte auch die EZB bald in eine bereits beginnende Diskussion eintreten, ob man Politik noch mit „Marktpreisen“ machen soll und deshalb diesbezügliche Indikatoren wie eben auch die Inflationsrate bei Entscheidungen zugrunde legt.

Damit beginnt das jahrelange Krisenmanagement, welches nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik auf die Geldpolitik überwältigt wurde und dabei einer Überdehnung des EZB-Mandates führte, verzweifelte Züge anzunehmen. Die jüngsten Äußerungen der EZB-Präsidentin lassen für die Frage der Steuerungslogik der EZB-Geldpolitik ernste Sorgen aufkommen. Man wird deshalb genau verfolgen, wo und in welchem Ausmaß die EZB bei der Neubestimmung der eigenen Geldpolitik noch weiter nach dem Motto „(geldpolitische) Not kennt kein Gebot“ verfährt!

Was dies zudem für das Investorenvertrauen in den Euro bedeutet, wird sich weisen müssen.

16.10.2020 - Arndt Kümpel - ak@ntg24.de